

Internationale Zusammenarbeit gegen den Terror

Nur so kann dieser weltweiten Erscheinung wirkungsvoll begegnet werden

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Der Terrorismus ist heute eine weltweite Erscheinung. Kaum ein Land ist verschont geblieben. Auch die Bundesrepublik war im letzten Jahr mehrfach Schauplatz solcher politisch verbrämter Gewaltakte. Dabei zeichnet sich gerade in der letzten Zeit eine bemerkenswerte Tendenz ab: die Tendenz zur Internationalisierung des Terrors. Die Terroristen "arbeiten" über die Grenzen hinweg zusammen, sie operieren im Ausland und sie suchen - und finden leider noch immer viel zu oft - Unterechlupf in ausländischen Staaten.

Einer der spektakulärsten Anschläge des internationalen Terrorismus beleuchtet die neue Situation schlaglichtartig. Ein Venezolaner, ein Deutscher und Angehörige mindestens eines weiteren Staates sind dringend verdächtig, bei dem Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien Regierungsmitglieder einer Vielzahl ölproduzierender Länder als Geiseln genommen zu haben - angeblich um der Sache der Palästinenser zu dienen; nach einzelnen der Täter wird noch immer international gefahndet.

Auf die Dauer kann dem internationalen Terrorismus wirksam nur durch eine intensive internationale Zusammenarbeit auf polizeilichem und strafrechtlichem Gebiet begegnet werden. Diese Einsicht beherrschte den Meinungsaustausch der Justizminister der Mitgliedstaaten des Europarats im Mai 1975 in Obernai. Aufgrund einer vor allem vom französischen Justizminister Lecanuet und von mir selbst getragenen Initiative wurde ein ad-hoc-Komitee von Regierungssachverständigen der Mitgliedstaaten des Europarats eingesetzt, das auftragsgemäß und in kürzester Zeit, nämlich bis zum Februar 1976, den Entwurf eines Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus ausgearbeitet hat. Der Schwerpunkt der Konvention liegt auf dem strafrechtlichen Gebiet. Der Entwurf sieht im wesentlichen folgende wichtige Neuregelungen vor:

- Es wird festgelegt, daß bestimmte schwere Straftaten für die Zwecke der Auslieferung zwischen den Vertragsstaaten unter keinen Umständen als

politische Straftaten im Sinne des bestehenden Auslieferungrechts anzusehen sind (Flugzeugentführung und verwandte Eingriffe in den Luftverkehr; Angriffe gegen völkerrechtlich geschützte Personen, insbesondere Diplomaten; Entführung, Geiselnahme, schwere Freiheitsberaubung sowie Straftaten, die unter Verwendung von Sprengstoff oder automatischen Schusswaffen begangen werden und zur Gefährdung von Personen führen). Ein Vertragsstaat kann also die Auslieferung eines Täters in diesen Fällen nicht mit der Begründung ablehnen, daß es sich um eine politische Straftat handle. Die für eine effektive Strafverfolgung in aller Regel wirksamste Auslieferung steht somit ganz im Vordergrund der Konvention.

- Gegen Personen, die einer solchen schweren Straftat verdächtig und auf das Gebiet eines Vertragsstaats geflüchtet sind, muß dieser ein eigenes Strafverfahren einleiten, wenn er die Personen trotz des Ersuchens eines anderen Vertragsstaats nicht ausliefert.

- Wegen der genannten Straftaten müssen die Vertragsstaaten einander weitestgehende Rechtshilfe leisten.

Die 10. Konferenz der europäischen Justizminister hat am 4. Juni 1976 in Brüssel mit einer einstimmig beschlossenen Resolution den Konventionsentwurf begrüßt und seine baldige Verabschiedung durch das Ministerkomitee des Europarats empfohlen. Die Konferenz hat ferner das Ministerkomitee um Prüfung gebeten, wie die zwischenstaatliche Rechtshilfe weiter beschleunigt und vereinfacht werden kann.

Die Bundesrepublik wird nicht zögern, das Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus alsbald zu ratifizieren, wenn es, wie erwartet, Ende dieses Monats vom Ministerkomitee verabschiedet und zur Zeichnung aufgelegt werden wird. Trotz mancher Schwächen im Detail ist das Übereinkommen ein wichtiger Schritt zu der immer dringender notwendigen internationalen Zusammenarbeit zur Niederkämpfung des Terrorismus. Von ihm könnte eine Signalwirkung und Ausstrahlung ausgehen, die uns dem Ziel um ein großes Stück näher bringt - dem Ziel einer weltweiten wirkungsvollen Zusammenarbeit aller Staaten.

(-/14.6.1976/va/e/pr)

+ + +

Ein Meilenstein in unserer Geschichte

Anmerkungen zum deutsch-polnischen Kulturabkommen

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Neben insgesamt 14 Vereinbarungen über eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einem Volumen von über drei Milliarden DM und der damit verbundenen Inangriffnahme eines ersten gemeinsamen wirtschaftlichen Großprojektes kam der Unterzeichnung des ersten deutsch-polnischen Kulturabkommens beim Besuch des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Edward Gierek in der Bundesrepublik Deutschland entscheidende Bedeutung zu. Es ist nicht das erste Abkommen dieser Art, das die Bundesrepublik mit einem Mitgliedstaat des Comecon bzw. Warschauer Paktes abschließt und wird hoffentlich nicht das letzte sein, da entsprechende Vereinbarungen noch ausstehen z. B. mit der ČSSR, vor allem aber mit der DDR, der für die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor schwierigsten sogenannten "anderen Seite", was vertraglich vereinbarte, aber auch informelle Fragen der Zusammenarbeit betrifft.

Gerade das deutsch-polnische Kulturabkommen markiert jedoch einen Meilenstein auf dem Wege zu einer Normalisierung von Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen - angesichts des furchtbaren Ausmaßes der Belastungen, die aus der Schreckenszeit des Dritten Reiches mit seiner Politik des Rassenwahns und der Rassenausrottung herrühren. Ansonsten übliche Worte aus der Diplomatsensprache gewinnen daher hier eine ganz besondere Dimension und sind zu Recht an verschiedenen Stellen des Abkommens wiederholt worden - in bezug auf die entscheidende Zielsetzung, nämlich eines "besseren gegenseitigen Verständnisses" und "Kennenlernens" sowie der Verdeutlichung "der Entwicklung des anderen Landes" gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Schon nach dem mit dem Warschauer Vertrag von 1970 durch die Regierung Brandt-Scheel erzielten großen Durchbruch in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten war es zu einem viel intensiveren Austausch z. B. im Bereich

der Wissenschaft gekommen. Erinnerung sei an die Vergabe einer ganzsemestrigen Gastprofessur für Friedens- und Konfliktforschung an einen polnischen Wissenschaftler bei uns schon vor zwei Jahren oder an die Inangriffnahme einer ersten gemeinsamen Publikation von deutschen und polnischen Wissenschaftlern, die nun im Herbst auf den Märkten beider Länder erscheinen wird. Auch die menschlichen Kontakte auf vielen anderen Ebenen haben seit 1970 eine kontinuierliche Steigerung erfahren. Nach Abschluß aber der multilateralen Dokumente von Helsinki im Sommer und der bilateralen Vereinbarungen vom Herbst 1975 erfährt nun mit dem neuen Abkommen dieser in vielen Kanälen schon bislang angelaufene Prozess die Weihe der amtlichen Bekräftigung einer für beide Staaten entscheidenden Zielvorstellung für die Gestaltung ihrer gesamten Beziehungen. Darüber hinaus wurde jetzt erstmalig eine Institutionalisierung von Jugenaustauschprogrammen, ja auch die Errichtung von Kulturinstituten vorgesehen - letzteres am Rande der Delegationsgespräche, aber doch offiziell verlautbart.

Kein relevanter Bereich fehlt in diesem Kulturbkommen, das natürlich auch Berlin (West) einbezieht - weder die Wissenschaft, noch die Künste, die Massenmedien, Jugendgruppen oder schließlich die Schulbücher beider Länder, denen ein besonderer Vertragsartikel gewidmet wurde. Dies auch nach deutscher Auffassung völlig zurecht, war und ist doch allen Verantwortlichen die von der Pädagogik und Psychologie längst erhärtete Tatsache bewußt, daß das jeweilige Bild vom anderen Volk von seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschichte, primär durch die Schule vermittelt wird - ob richtig oder falsch, das war und ist eben hier die Frage. Sicherlich lag in dieser Hinsicht gerade in Deutschland schon immer manches im argen - von der NS-Zeit ganz zu schweigen. Falsche "Fremdbilder" erzeugen Konflikte - diese wissenschaftliche Erkenntnis ist zwar nicht neu, wurde aber von den politisch Verantwortlichen bislang zu wenig beachtet - oder aber absichtlich mißachtet in früheren Zeiten.

Es ist daher grundsätzlich verständlich, daß die amtlichen und halbamtlichen polnischen Stellen auf eine schnellere Umsetzung der Empfehlungen der verschiedenen sogenannten deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen in

der Bundesrepublik drängen, zumal wir Warschau zugestehen müssen, daß diese Umsetzung drüben zügiger in Angriff genommen wurde. Andererseits mußten wir auch jetzt wieder gegenüber Warschau um Verständnis dafür bitten - auch dies ist eine Frage des Fremdbildes vom anderen Lande! -, daß es in der Bundesrepublik nun einmal in diesen wie in anderen Fragen der Bildungspolitik völlig selbständig handelnde Kulturbedörden gibt, denen die Bundesregierung keinerlei Weisungen erteilen kann - einmal ganz abgesehen vom freien Verlegermarkt. Bekanntlich wollen sich zumindest zwei CDU/CSU-geführte Bundesländer einige der Schulbuchempfehlungen nicht zueigen machen, womit sie den ganzen Umsetzungsprozeß aufhalten haben.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dies ähnlich wie die Bundesregierung stets bedauert und zum Anlaß genommen, im Plenum des Hohen Hauses am Rhein auch verfälschende Zitate des Oppositionsführers in diesem Zusammenhang anzuprangern. Herr Carstens erklärte leider am 26. November 1975 wörtlich im Bundestag: "Wir wenden uns dagegen, daß in den Schulbüchern im Zusammenhang mit der Vertreibung von 12 Millionen Menschen jetzt von Bevölkerungsverschiebungen gesprochen werden soll... Wir wollen und werden aber nicht zulassen, daß das unaßgliche Leid, welches Deutsche am Ende des Krieges und nach dem Kriege erlitten haben, durch solche verschleierte Formeln unterdrückt wird."

Tatsächlich aber werden in dem entsprechenden Abschnitt der Empfehlungen unter der Überschrift "Bevölkerungsverschiebungen" völlig korrekt nacheinander die einzelnen Phasen des Geschehens klar genannt, nämlich: Evakuierung, die Flucht (hier heißt es ausdrücklich: "unter großen Verlusten.."), die Ausweisung und die Zwangsumsiedlung. Wer in solchem Zusammenhang wider besseres Wissen (oder nicht?) zitiert, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er in Wirklichkeit die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen torpedieren wollte.

Gottlob setzte dann 1976 in der CDU/CSU insgesamt doch noch ein großer Umdenkungsprozeß ein, wie die schließliche Zustimmung des Bundesrates zu den Vereinbarungen Schmidt-Gierek zeigte. Von da her gesehen können wir uneingeschränkt froh darüber sein, daß nunmehr die ebenso große wie schwierige Aufgabe der Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen, zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland bei uns von allen politischen Parteien auf der Linie der Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung getragen wird. Auch das neue Kulturabkommen wird dazu beitragen, daß diese Linie immer weiter vorangetrieben wird, damit auch bezogen auf diesen Teil der Welt künftige Geschlechter vielleicht eines Tages nur noch von Erbfeunden sprechen können.
(-/14.6.1976/mie/a/pr)

+ + +

SPD: Partei der Jugend

Erfolge und Aufgaben sozialdemokratischer Jugendpolitik

Die SPD bleibt und ist die Partei der Jugend. Das hat die jugendpolitische Fachkonferenz in Solingen erneut eindrucksvoll bestätigt. Die SPD ist die einzige Partei, die Antworten auf die drängenden Fragen der jungen Generation zu geben weiß.

In Solingen haben junge Sozialdemokraten, Mandatsträger der Partei, die sich primär mit jugendpolitischen Fragen beschäftigen, und Vertreter der Jugendverbände zwei Tage lang die Probleme der jungen Generation diskutiert, sich aber auch in kritischer Weise mit sozialdemokratischer Jugendpolitik auseinandergesetzt. Dabei wurde deutlich, daß die von der SPD geführte Bundesregierung auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren sehr viel in die Wege geleitet hat, daß aber auch noch eine Menge zu tun bleibt.

Auf der Solinger Konferenz, und das muß deutlich gesagt werden, sind keine Beschlüsse der SPD gefaßt worden, hier ist lediglich ein Beitrag, aber ein wichtiger Beitrag zur Willensbildung innerhalb der Partei geleistet worden. Nun hat es viel Wirbel in der Öffentlichkeit über die Forderung nach investitionslenkenden Maßnahmen gegeben. Konservative Kreise versuchen hier, von außen neuen Konflikstoff in die Partei zu tragen. Man mag darüber streiten, ob der besagte Satz in die Resolution aufgenommen werden mußte oder nicht. Den Weltuntergang bedeutet er nicht. Hier ist ein Votum für eine weitere Diskussion der Reform der Wirtschaftsordnung innerhalb der Partei nach der Bundestagswahl abgegeben worden.

Schade ist, daß wegen des Investitionslenkungs-Beschlusses wesentliche Konferenz-Ergebnisse für die Öffentlichkeit unter den Tisch gefallen sind. So etwa die Arbeitsergebnisse zur Problematik der Jugendarbeitslosigkeit, zum Thema Leistungsdruck in der Schule oder etwa die Forderung nach einem fortschrittlichen Gesetz zur Förderung der Jugend. Hier sind Arbeitsergebnisse vorgelegt worden, die sich sehen lassen können und jetzt realisiert werden können. Der einzige Partner hierfür, das haben die Vertreter zahlreicher Jugendverbände bestätigt, die in Solingen intensiv mitgearbeitet haben, ist und bleibt die SPD.

Eindrucksvoll zeigte sich in Solingen, daß die jungen Sozialdemokraten einen konsequenten Kampf für Liberalität und Toleranz, gegen Gesinnungsschnöfzerei und Duckmäusertum führen. Der Aufruf des ehemaligen Jusos-Bundesvorsitzenden Wolfgang Roth an die junge Generation der Bundesrepublik, diesen Kampf gemeinsam zu führen, sollte weiterhin Wiederhall finden.

Gode Japs
(~/14.6.1976/mie/e/pr)

+ + +

Politische Abstinenz im Sport ?

Ein Plädoyer für politisch engagierte Sportler

Von Manfred Wende MdB

Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Politische Aussagen und das Engagement von national und international bekannten Spitzensportlern in der Politik scheinen vielfach immer noch verpönt zu sein. Bezeichnend für solche konservativen und überholten Einstellungen sind Warnungen vor "Wahlmißbrauch von Leistungssportlern", oder Vorwürfe, daß der Sport nicht Gegenstand von "Wahlkampf-Auseinandersetzungen" sein dürfe.

Im Interesse der politisch engagierten Sportler und aus der Sicht der demokratischen Parteien kann solchen Versionen nicht zugestimmt werden, weil dies in der Praxis einer Einschränkung der fundamentalen Rechte der Sportler als Staatsbürger gleichkommen würde. Dr. med. Heidi Schüller äußerte sich schon vor der Bundestagswahl 1972 zu ihrem Engagement für die SPD: "Das hat mit meinem Status als Spitzensportler überhaupt nichts zu tun. Ich bin Bürgerin dieses Staates und als solche fühle ich mich verpflichtet, mich politisch zu engagieren. Ich möchte viele anregen, dasselbe zu tun".

Unrichtig ist auch die Annahme, 1976 würden erstmals Spitzensportler zu politischen Bekenntnissen animiert. Richtig ist allerdings, daß die Bereitschaft - auch von bekannten und erfolgreichen Sportlern -, der SPD Goodwill zu geben oder in den sportpolitischen Gremien in Bund, Ländern und Gemeinden mitzuwirken, in den letzten Jahren ständig gewachsen ist. Bereits 1969 erklärte der Weltrekordler im 1000-Meter-Lauf, Jürgen May: "Gerade auch als Leistungsportler finde ich: Was die SPD hier für den Sport tut, ist vorbildlich. Diese Partei hat ein klares Programm zur Sportförderung entwickelt und realisiert. Ich wähle SPD". In der gleichen Aktion sagte Eisschnellauf-Olympiasieger Erhard Keller: "Ich bin überzeugt - und mit mir viele meiner Sportkollegen -, wenn die SPD ihr Sportförderungsprogramm durchsetzen kann, könnte der deutsche Sport endgültig aus dem Schneider sein."

Nach einer Umfrage der Münchener Sport-Illustrierten wollten bei der

Bundestagswahl 1972 45,1 vH der befragten Spitzensportler die SPD, 33,9 vH die CDU/CSU und 4,8 vH die FDP wählen. Der Grund dafür, daß die Bürgeraktion der Sozialdemokratischen Wählerinitiative "Sportler für die SPD - für Bundeskanzler Helmut Schmidt" einen guten Start hatte, liegt insbesondere an der Verwirklichung von Sportförderungsmaßnahmen im Bereich des Bundes und in den sozialdemokratisch geführten Ländern und Gemeinden, einer dauerhaften Information und Vertrauenswerbung im Bereich des Sports und zudem an der Verketzerung der SPD und ihrer Sportpolitik durch die CDU/CSU.

So erklärte der Turn-Wizeweltmeister Wolfgang Thüne, angeregt durch die "Sozialismus-Diffamierung" der Unionsparteien: "Den demokratischen Sozialismus mit dem angeblichen Sozialismus in der DDR zu vergleichen, ist unredlich. Die SPD hat sich große Verdienste um die Sicherung der Freiheit erworben, wie ich sie nirgendwo kennengelernt habe. Ich entscheide mich für die SPD und damit für Bundeskanzler Helmut Schmidt". Für den Gewichtheber-Weltmeister Rolf Milser und die Sprint-Olympiasiegerin Annegret Richter besteht beispielsweise der Grund für den Einsatz in der "Sozialdemokratischen Wählerinitiative" darin, daß sie sich für vernünftige politische Ziele einsetzen und andere anregen wollen.

Versuche, auf gesellschaftspolitisch engagierte Sportler direkt oder indirekt einzuwirken, kommen einem "politischen Zölibat" gleich. Man kann nicht für die Ausweitung der politischen Funktion der Sportorganisationen plädieren, das politische Engagement der Mitglieder dieser Organisationen gleichzeitig aber beschneiden.

Die SPD hat ihre Auffassung dazu durch den Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner klar formuliert: "Ich gehe davon aus, daß die Führung des Deutschen Sportbundes es wie bisher als die unantastbare Eigenentscheidung der sportlich organisierten Bürger betrachtet, ob und wie sie sich parteipolitisch engagieren und entscheiden".
(-/14.6.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller